

Zürich, 11. Mai 2004

Markus Notter
Regierungsrat
Direktion der Justiz und
8090 Zürich

Vernehmlassung Informations- und Datenschutzgesetz

Sehr geehrter Herr Notter

Anfangs Januar haben sie uns den Gesetzesentwurf für das neue Informations- und Datenschutzgesetz zugestellt und uns zur Stellungnahme eingeladen. Mit Interesse haben wir die Unterlagen studiert und bedanken uns freundlich für die Möglichkeit eines Kommentars dazu.

Gerne teilen wir ihnen unsere Überlegungen zum vorliegenden Gesetzesentwurf mit:

1. Wir beurteilen das Gesetz als gelungen und sind insbesondere froh über die Art und Weise, wie das in der Motion Schmid, Aeschbacher, Schwitter geforderte Öffentlichkeitsprinzip nun realisiert werden soll. Wir sind überzeugt, dass damit das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat gestärkt werden kann. Die Befürchtung von allfälligen Missbräuchen dieses neuen Prinzipes durch "querulatorische" Anfragen teilen wir nicht. Diese werden dadurch eher abnehmen, entstehen sie doch oft aus einem Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem übermächtigen Staat.
2. Für die Grünen ist klar, dass die konsequente Anwendung des Öffentlichkeitsprinzipes mehr personelle Ressourcen bindet und wir fragen uns, wie sich die Direktion des Innern und der Justiz dies praktisch vorgestellt hat. In Zeiten, in denen tendenziell eher Personal abgebaut als aufgestockt wird, finden wir diesen Aspekt nicht unerheblich.
3. Im weiteren begrüßen wir die Verinfachung und Erläuterungen der diversen Begriffen im §3, die helfen, dieses Gesetz auch für Laien verständlich zu machen.
4. Klug finden wir auch den separaten Abschnitt über den Umgang mit Personendaten und betrachten die vorgeschlagenen § als grundsätzlich sinnvoll.

5. Noch etwas klarere Ausführungen hätten wir erwartet zur Frage des Amtsgeheimnisses. Es muss allen "GeheimnisträgerInnen" klar sein, was unter den Begriff Amtsgeheimnis fällt und welche Informationen bedenkenlos weitergegeben werden dürfen. Der §21 ist doch etwas sehr schlank ausgefallen. In der vorberatenden Kantonsratskommission dürfte seine Auswirkungen auf die parlamentarische Arbeit wohl am meisten zu diskutieren geben.

Mit freundlichen Grüßen
Grüne Kanton Zürich
S. Kamm